



EDITORIAL

Israel hat gewählt, und damit die politische Landschaft des Landes nicht unwesentlich verändert. Nach einem nur kurzen Wahlkampf im Zeichen und Schatten der 22 Tage dauernden israelischen Militärintervention im Gaza-Streifen bescherten die rund 5,3 Millionen Wahlberechtigten den politischen Parteien ein Wahlergebnis, das in der Tendenz eine deutliche Sprache spricht.

Dass vor allem Sicherheitsinteressen ganz oben auf der Agenda der Wahlkämpfer standen, konnte angesichts des Umfangs der Gaza-Intervention nicht verwundern. Für die überwiegende Mehrheit der Israelis war die Operation „Gegossenes Blei“ eine notwendige Reaktion, um dem seit Jahren anhaltenden Raketenbeschuss durch die Hamas aus dem Gaza-Streifen Einhalt zu gebieten. Das Ziel der Schwächung der Hamas und der Zerschlagung ihrer militärischen Strukturen wurde weitgehend geteilt, und manch ein Beobachter konnte, ja musste das Gefühl haben, die von Tzipi Livni gegenüber Präsident Mubarak geäußerte Feststellung „Genug ist genug!“ konnte auch der ein oder andere politisch Verantwortliche in der Region nachvollziehen.

Umfragen im Vorfeld der Wahlen deuteten bereits darauf hin, dass insbesondere der Likud unter Führung Benjamin Netanjahus sowie Avigdor Liebermanns „Israel Beteinu“ von der angespannten Sicherheitslage würden profitieren können. Zeitweise war dem Likud gar ein deutlicher Vorsprung vor der ins Strudeln geratenen Kadima und ihrer charismatischen Außenministerin Tzipi Livni vorhergesagt worden.

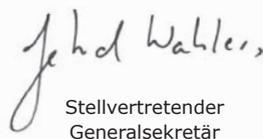
Am Wahltag jedoch schlossen die Wahllokale und brachten ein Ergebnis zu Tage, dass die Regierungsbildung erheblich erschwert. Das annähernd völlige Wegbrechen des linken Lagers brachte im Resultat eine definitive Stärkung der Mitte-Rechts-Parteien mit sich. Obwohl Kadima mit einem geringen Vorsprung stärkste Partei werden konnte, fokussieren sich die Erwartungen allesamt auf den Likud und Benjamin Netanjahu, dem die Bildung einer regierungsfähigen Koalition derzeit am ehesten zugetraut wird. Folgerichtig erteilte Präsident Peres dem bereits einmal von 1996–1999 als Regierungschef amtierenden Netanyahu den Auftrag zur Regierungsbildung. Netanyahu wie die potentiellen Koalitionspartner stehen dabei vor für die israelische Gesellschaft entscheidenden Herausforderungen: die Sicherheit Israels zu garantieren und gegen eventuelle Verletzungen ebenso deutlich vorzugehen, wie mit der Gaza-Operation, sowie gleichzeitig Verhandlungen mit den Palästinensern voranzutreiben, die das Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung verfolgen.

Für die neue Regierung in Jerusalem ist damit ein klarer Auftrag verbunden: Es wird keinen Frieden mit den Palästinensern geben, wenn nicht zugleich die Sicherheit Israels gewährleistet ist. Und zugleich muss alles daran gesetzt werden, Fortschritte im Friedensprozess zu erreichen. Netanjahu hat dies im März in einem Interview deutlich ausgedrückt, als er sagte: „Die Palästinenser sollten die Möglichkeit haben, ihre Leben zu regieren, aber nicht, unsere zu bedrohen.“ Auch Avigdor Lieberman hat sich nach den Wahlen für einen „lebensfähigen Palästinenserstaat“ ausgesprochen, da auch er weiß, dass es hierzu keine attraktive und realistische Alternative gibt. Dazu bedarf es neben einer starken Regierung in Israel auch einer dialogbereiten, handlungsfähigen und zuverlässigen Regierung in den palästinensischen Gebieten. Auf letzteres kann die neue israelische Regierung nur wenig Einfluss nehmen, jedoch lassen sich psychologische Anreize schaffen, die die Position von Mahmud Abbas innerhalb der Palästinensischen Autonomie stärken könnten. Allerdings bleibt es die vorrangige Aufgabe der Palästinenser, selber für eine entsprechend handlungsfähige Regierung zu sorgen, um Fortschritte zu erreichen.

Mit Blick auf eine letztlich wie auch immer im Detail sich präsentierende israelische Regierungskoalition unter der Führung Netanyahus werden derzeit zahlreiche Hoffnungen geschürt. Getreu dem israelischen Ausspruch „Die Linken spre-

chen über den Frieden, die Rechten schließen ihn“, werden in Anlehnung an Menachem Begins Friedensschluss mit Ägypten von 1978 bereits Szenarien an die Wand gemalt, die auf einen die Sicherheit Israels garantierenden Kompromiss des oftmals als Hardliner dargestellten Likud-Vorsitzenden abzielen. Man gilt nicht als Spielverderber, indem man darauf verweist, dass sich geschichtliche Parallelen oftmals nur vordergründig als solche darstellen. Gewiss hätte eine breit aufgestellte Mitte-Rechts Koalition in Israel die überzeugendsten Chancen, die Bevölkerung mitzunehmen und einen tragfähigen Kompromiss zu erreichen. Jedoch ist auch zu sehen, dass der Erfolg in nicht geringem Maße von entsprechend günstigen innen- wie außenpolitischen Rahmenbedingungen abhängig ist. Das sollte nicht vergessen werden.

Wenn es um Israel geht, geht es uns natürlich um das deutsch-israelische Verhältnis. Auch dies sollte bei der Bewertung der Regierungsbildung eine Rolle spielen. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie sich Benjamin Netanyahu 1995 gegen Widerstände in seiner eigenen Partei entschied, als erster Vorsitzender des Likud das bis dahin geltende und von Menachem Begin mitbegründete Tabu zu brechen, nach Deutschland zu reisen. Ich hatte ihn damals als Vertreter der Stiftung in Jerusalem nach Deutschland begleitet. Mit diesem Schritt hat er einen wichtigen Beitrag für die deutsch-israelischen Beziehungen geleistet. Dieser Schritt Netanyahus, den zuvor niemand so erwartet hatte, hat letztlich die politischen Kontakte zwischen Deutschland und Israel von einer bis dahin prägenden Einseitigkeit befreit und ausgeweitet sowie auf eine viel breitere und tragendere Basis gestellt als damals vorstellbar. Dabei hat er Führung und Zielbewusstsein gezeigt. Es ist nicht auszuschließen, dass ein neuer Regierungschef Netanyahu auch mit Blick auf die Situation im Nahen Osten noch für Überraschungen gut ist.



Jochen Wahler,
Stellvertretender
Generalsekretär